

**Protokoll  
der 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am Dienstag, dem 12. November 2013, in der Adolf-Reichwein-Halle**

Beginn der Sitzung: 20:25 Uhr  
Ende der Sitzung: 22:46 Uhr

<b>Anwesende Stadtverordnete:</b>	
<b>CDU</b>	<b>FDP</b>
Egerter, Jörg <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Jacobi, Hans-Otto <i>Fraktionsvorsitzender</i>
von Griesheim, Alexander	Dr. Hoffmann, Volker
Hafner, Annegret	
Karehnke, Regina <i>Stadtverordnetenvorsteherin</i>	<b>PIRATEN</b>
Müller, Jasna	Welker, Helge
Pfeiffer, Kurt	
See, Marco	<b>Vom Magistrat waren anwesend:</b>
	Bürgermeister Alber, Thomas
	Erster Stadtrat Sill, Heinz
	Stadtrat Kayacik, Haci
<b>SPD</b>	Stadtrat Schneiderbauer, Johann Baptist
Dachs, Karlheinz	Stadtrat Schöniger, Arndt
Dietz, Eleonore	Stadtrat Wenzel, Klaus
See, Herbert	
Zeidler, Reinhard	
	<b>Abwesende Stadtverordnete:</b>
	Schnabel, Henrik (CDU)
	Wendt, Thomas (CDU)
	Datz, Wolfgang (SPD)
	Machalitzky, Jörg Jens (SPD)
<b>FWG</b>	Dr. Rathjens, Hans-Peter (SPD) <i>Fraktionsvorsitzender</i>
Lamping, Christian <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Stengel, Christian (SPD)
Metzger, Gerhard	Roth, Beate (GRÜNE)
Moscherosch, Hans-Albert	Wyrwoll, Herbert (puR)
Soff, Walther	
	<b>Abwesend vom Magistrat</b>
<b>GRÜNE</b>	Stadtrat Blöcher, Gottfried
Quägber-Zehe, Betina	Stadträtin Dietrich, Petra
Scholz, Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
Topp, Andreas	<b>Schriftführerin:</b>
	Sporck, Verena
<b>puR</b>	
Launhardt, Cornelia <i>Fraktionsvorsitzende</i>	Vertreter der Presse
Schön, Norbert	
	ca. 20 Zuhörer

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 06. November 2013 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 08. Oktober 2013 gibt es keine Einwände.

Es wird aus dem Ältestenrat vorgeschlagen, die vorliegende Eilanfrage der FWG-Fraktion als Tagesordnungspunkt 14 aufzunehmen.

Frau Karehnke berichtet weiter, dass der Tagesordnungspunkt 3 – Neufassung der Geschäftsordnung – abgesetzt werden soll.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Änderungen abstimmen:

*Abstimmungsergebnis* *einstimmig*

Somit ergibt sich folgende geänderte Tagesordnung:

1.		Mitteilungen
2.		Kleine Anfragen
3.		„Mission Olympic“ - Terminfestlegung
4.		Waldwirtschaftsplan 2014 - Beratung und Beschlussfassung
5.		Waldbestattung - Grundsatzbeschluss - Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes RH/12 „Waldbestattung am Ketzerborn“ gemäß §2 Abs. 1 BauGB
6.		Haushaltsführung 2013 - Kreis- und Schulumlage, Beschluss nach § 100 HGO üpl. Ausgaben - Weitere Mehrausgaben – Kenntnisnahme
7.		Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke für das Jahr 2012 einschließlich der Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung
8.		Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke 2014
9.		Antrag der FDP-Fraktion vom 30.10.2013 Wirtschaftsförderung der Stadt Rosbach v. d. Höhe
10.		Antrag der Bündnis 90/Die Grünen- Fraktion vom 03.11.2013 Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses
11.		Antrag der CDU-Fraktion vom 01.11.2013 Baulicher Zustand der Sporthalle Eisenkrain
12.		Anfrage der FWG-Fraktion vom 04.11.2013 Zukünftige Nutzung des ehemaligen Vorklärwerks des Abwasserverbands „Unteres Niddatal“

13.	Eilanfrage der FWG-Fraktion
-----	-----------------------------

## **Top 1 Mitteilungen**

---

Frau Karehnke teilt mit, dass der parlamentarische Abend am 10. Dezember 2013 entfällt. Im Anschluss an die Sitzung am 03. Dezember 2013 der Stadtverordneten gibt es zum Jahresabschluss einen kleinen Umtrunk.

Bürgermeister Alber verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen.

Herr Scholz berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 31. Oktober 2013 getagt habe. Folgende Punkte waren auf der Tagesordnung:

- Jahresabschluss 2009
  - vorläufige Ergebnisrechnung zum 31.12.2009
  - vorläufige Bilanz zum 31.12.2009
- Berichtswesen nach § 28 GemHVO
  - Beschluss der STVV vom 04.12.2012
  - Quartalsabschluss zum 30.09.2013
- Haushaltspolitische Leitlinien nach dem Beschluss der STVV vom 08.10.2013
  - Auswirkungen auf die Haushaltsplanung 2014
- Investitionsprogramm 2012 – 2017
  - Vorlage eines ersten Entwurfes im Rahmen der vorgezogenen Haushaltsberatungen
- Haushaltsführung 2013
  - Kreis- und Schulumlage, Beschluss nach § 100 HGO überplanmäßiger Ausgaben
- Waldbestattung
  - Grundsatzbeschluss
  - Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes RH/12 „Waldbestattung am Ketzernborn“ gemäß §2 Abs. 1 BauGB
- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.9.2013
  - Kostenfreies Anliefern von Grünschnitt bei der Recycling-Annahmestelle
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.4.2013
  - Wahlwerbung
  - Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt-

Frau Quägber-Zehe berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 29. Oktober 2013 getagt habe. Folgende Punkte waren auf der Tagesordnung

- Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 21.06.2013
  - Wiedervorlage -
  - Tourismus fördern, Waldnutzung lenken durch Mountain Bike Flowtrail am Winterstein

- Waldwirtschaftsplan 2014  
- Beratung/Beschlussempfehlung
  
- Waldbestattung  
- Grundsatzbeschluss  
- Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes RH/12 „Waldbestattung am Ketzerborn“ gemäß §2 Abs. 1 BauGB

## **Top 2 Kleine Anfragen**

---

Herr Lamping fragt an, in wie weit im Außenbereich die Gräben instand gehalten werden. Erster Stadtrat Herr Sill antwortet, dass alle Aufgaben im Außenbereich finanziell auf dem Prüfstand stehen und nur noch die notwendigen Mäharbeiten erfolgen.

## **Top 3 „Mission Olympic“ - Terminfestlegung**

---

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Beschlussvorschlag vor:

*„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vom Magistrat empfohlenen Terminvorschlag für das Finalevent (11.-13. Juli 2014) zur Kenntnis und verweist den Tagesordnungspunkt zur abschließenden Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss.“*

Bürgermeister Alber erläutert den aktuellen Sachstand und bedankt sich bei allen Teilnehmern.

Herr Egerter von der CDU-Fraktion steht dem Vorhaben positiv gegenüber, kritisiert allerdings die späte Einbindung der Gremien. Weiter fragt Herr Egerter nach den voraussichtlichen Kosten für die Veranstaltung im Juli.

Herr Alber berichtet der Stadtverordnetenversammlung, dass vom Veranstalter ein Grundbudget von 20.000 € zur Ausrichtung des Events zur Verfügung gestellt werde. Weiter erläutert der Bürgermeister, dass ein Preisgeld in Höhe von 10.000 € sicher sei. Herr Alber teilt der Stadtverordnetenversammlung mit, dass die Erfahrungswerte der Kosten bei 30.000 € bis 50.000 € liegen und in den Haushaltsentwurf 2014 daher 50.000 € eingestellt werden.

Herr Lamping von der FWG-Fraktion begrüßt das Event und den vorgeschlagenen Termin. Herr Lamping schlägt folgende Änderung der Beschlussfassung vor:

*„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vom Magistrat empfohlenen Termin für das Finalevent (11.-13. Juli 2013) zur Kenntnis und verweist den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.“*

Frau Launhardt von der puR-Fraktion schlägt vor, den Beschluss über die Terminfestsetzung zu fassen und die weitere Beratung im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen sollte. Herr Dachs von der SPD-Fraktion schließt sich diesem Verfahrensvorschlag an.

Herr Scholz von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion merkt an, dass die Stadtverordnetenversammlung nicht für die Terminfestlegung zuständig sei.

Frau Dietz schlägt daher folgenden Änderungsvorschlag vor:

*„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vom Magistrat empfohlenen Termin für das Finalevent (11.-13. Juli 2014) zu und verweist den Tagesordnungspunkt zur abschließenden Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.“*

Nach einer kurzen Diskussion stellt Herr Jacobi von der FDP-Fraktion einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Abstimmung ohne weitere Wortmeldung erfolgen solle.

Herr Lamping zieht seinen Änderungsantrag zurück. Herr Jacobi stellt folgenden Antrag:

*„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vom Magistrat empfohlenen Termin für das Finalevent (11. – 13. Juli 2014) zu und verweist den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.“*

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

*Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen*

#### **Top 4 Waldwirtschaftsplan 2014 - Beratung und Beschlussfassung**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratevorlage:

Der Waldwirtschaftsplan 2014 mit einer Ertragserwartung in Höhe von 517.300,00 Euro und einem Gesamtaufwandsvolumen in Höhe von 436.200,00 Euro wird beschlossen.

Der Waldwirtschaftsplan weist ein Ergebnis / Überschuss in Höhe von 81.100,00 Euro aus.

*Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen*

#### **Top 5 Waldbestattung - Grundsatzbeschluss - Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes RH/12 „Waldbestattung am Ketzerborn“ gemäß §2 Abs. 1 BauGB**

---

Frau Launhardt von der puR-Fraktion fragt an, in welcher Form die Einfriedung erfolgen solle. Bürgermeister Alber erläutert, dass die Einfriedung in „dezentere Form“, das heißt durch Pfähle, erfolgen solle.

Herr Egerter von der CDU-Fraktion teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, allerdings sollten noch Absprachen mit den Kirchen, insbesondere wegen der Gestaltung der Andachtsstätte, erfolgen.

Herr Scholz von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion berichtet, dass die Grünen dem Beschlussvorschlag zustimmen werden und dass im Haupt- und Finanzausschuss die Fragen der Gebühren zurückgestellt wurden, da insbesondere Fragen zur Folgekostenberechnung noch nicht beantwortet seien.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratsvorlage:

### 1. Grundsatzbeschluss zur Waldbestattung

- ❖ Der Bereich „Am Ketzerborn“ in der Gemarkung Rodheim, Flur 29 Nr. 1 soll vorrangig für die Errichtung einer Waldbestattungsfläche vorgesehen werden.
- ❖ Um im kommenden Jahr die Serviceleistung der Waldbestattung auch tatsächlich anbieten zu können, wird der Magistrat beauftragt, parallel zur Aufstellung des Bebauungsplans die konkrete Konzeption zu entwickeln und umzusetzen, entsprechendes Satzungsrecht herzustellen (Friedhofssatzung und Gebührenordnung), die notwendigen straßenbaulichen Maßnahmen einzuleiten sowie Hessen Forst mit der Herrichtung des Waldbestandes zur Nutzung als Waldbestattungsanlage zu beauftragen.
- ❖ Die erforderlichen Mittel für die Einrichtung der Waldbestattungsanlage sind im Etat für das Haushaltsjahr 2014 bereitzustellen.

### 2. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch

- ❖ Für den Bereich „Am Ketzerborn“ in der Gemarkung Rodheim, Flur 29 Nr. 1 wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung RH-12 „Waldbestattung am Ketzerborn“.
- ❖ Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Teilfläche von ca. 6,1 ha im Südosten des Flurstückes Gemarkung Rodheim, Flur 29 Nr. 1. Die Teilfläche (Bestattungsfläche und Parkplatz) ist der anliegenden Karte zu entnehmen, die Bestandteil dieses Beschlusses ist.
- ❖ Planziel des Bebauungsplanes ist die Ausweisung von Wald, überlagert durch die eine Nutzung als Friedhof gestattenden Festsetzungen, einschließlich der notwendigen Stellplätze und einer Andachtsfläche.
- ❖ Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt im zweistufigen Regelverfahren mit Umweltprüfung.

*Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen*

### Top 6

#### Haushaltsführung 2013

- Kreis- und Schulumlage, Beschluss nach § 100 HGO üpl. Ausgaben
  - Weitere Mehrausgaben – Kenntnisnahme
- 

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratsvorlage:

Der Magistrat / der Haupt- und Finanzausschuss / die Stadtverordnetenversammlung beschließt überplanmäßige Aufwendungen bei den Buchungsstellen 16.611.10.735410 und 735420 (Kreis- und Schulumlage) in Höhe von gesamt 164.618,92 Euro.

Die Mehrausgaben sind durch entsprechend hohe Mehreinnahmen bei den Buchungsstellen 16.611.10.550002 (Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer) sowie 555300 (Gewerbsteuer) gedeckt.

*Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen*

## **Top 7**

### **Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke für das Jahr 2012 einschließlich der Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistrate-vorlage:

Der Jahresabschluss 2012 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 23.085.247,92 € sowie einem Jahresgewinn in Höhe von 165.130,11 € wird festgestellt.

Die Ergebnisse der Betriebszweige werden wie folgt festgestellt:

- Abwasserbeseitigung	Gewinn	55.097,75 €
- Wasserversorgung	Gewinn	110.032,36 €

Mit dem Gewinnvortrag aus den Vorjahren in Höhe von 339.500,97 € ergibt sich somit ein Gesamtgewinn zum 31.12.2012 in Höhe von 504.631,08 €.

Der Betriebsleitung/Betriebskommission wird Entlastung erteilt.

Der Jahresgewinn aus der Abwasserbeseitigung in Höhe von 55.097,75 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Jahresgewinn aus der Wasserversorgung in Höhe von 110.032,36 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und damit zur Verlustabdeckung herangezogen.

Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG vom 30.09.2013 einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht der Betriebsleitung vom 23.09.2013 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

*Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen*

## **Top 8**

### **Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke 2014**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistrate-vorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan 2014.

Der Erfolgsplan schreibt Erträge in Höhe von 3.519.200 €, Aufwendungen in Höhe von 3.671.200 € fest und weist damit einen Verlust in Höhe von 152.000 € aus.

Der Vermögensplan ist mit einem Volumen von 3.360.000 € ausgeglichen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, die zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögensplan erforderlich sind, wird auf 777.000 € festgesetzt. Dieser Kreditaufnahme stehen Tilgungen in

Höhe von 1.090.000 € gegenüber. Die Stadtwerke entschulden sich damit 2014 real um 320.000 €.

Betriebsmittelkredite in Höhe von 2.000.000 € zur Zwischenfinanzierung sind zulässig.

*Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen*

## **Top 9**

### **Antrag der FDP-Fraktion vom 30.10.2013**

#### **Wirtschaftsförderung der Stadt Rosbach v. d. Höhe**

---

Herr Jacobi begründet den Antrag der FDP-Fraktion damit, dass das in der Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar 2013 beschlossene Konzept zur Wirtschaftsförderung noch nicht vorliege.

Der Bürgermeister weist auf das Protokoll des letzten Haupt- und Finanzausschusses hin. In der Sitzung des Ausschusses bestand Einvernehmen dem Beschlussvorschlag des Magistrates nicht zu folgen, das erarbeitete Konzept wurde zur Kenntnis genommen und der Magistrat wurde beauftragt das Konzept weiterzuentwickeln, insbesondere sei eine belastbare Kostenkalkulation für die bevorstehenden Haushaltsberatungen vorzulegen.

Frau Dietz von der SPD-Fraktion regt an, konzeptionell mit der Wirtschaftsförderung des Kreises zusammenzuarbeiten und somit die Verwaltung zu unterstützen und zu entlasten.

Herr Egerter weist darauf hin, dass Einigkeit im Haupt- und Finanzausschuss bestand, dass die Verwaltung für die Vermarktung des Gewerbegebietes extern unterstützt werde. Durch die Rückgabe des Auftrages der dafür beauftragten Firma kommt es zur zeitlichen Verzögerung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den folgenden Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03. Dezember 2013 die nach dem einstimmigen Beschluss von Januar 2013 bereits für Anfang September geforderte Konzeption zur Wirtschaftsförderung zur Beratung vorzulegen. Schwerpunkte bilden dabei

- 1) das Darstellen der breiten Palette von Vorteilen, Chancen und Leistungen am Wirtschaftsstandort Rosbach;
- 2) ein Strukturvorschlag für das neue Gewerbegebiet unter einbeziehen bereits vorliegender Anfragen in Zonen für z.B. Produktion, Handel und Dienstleistungen;
- 3) eine offensive Werbestrategie für den Wirtschaftsstandort Rosbach sowie die hier ansässigen Unternehmen und Betriebe.

Nachdem der lediglich im Haupt- und Finanzausschuss zur Diskussion vorgelegten Konzeptionen zur Erarbeitung einer Konzeption nicht gefolgt wurde, besteht erneuter Beratungs- und Entscheidungsbedarf.

*Abstimmungsergebnis:*

*ja 5 Stimmen*  
*(2 Stimmen FDP, 2 Bündnis 90/Die Grünen,*  
*1 Stimme Die Piraten)*

*nein 9 Stimmen*  
*(4 Stimmen SPD, 2 Stimme puR; 3 Stimmen FWG)*

*4 Enthaltungen*  
*(1 Stimme Bündnis 90/Die Grünen, 7 Stimmen CDU, 1*  
*Stimme FWG)*



Der Antrag ist damit abgelehnt.

## **Top 10**

### **Antrag der Bündnis 90/Die Grünen- Fraktion vom 03.11.2013**

#### **Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses**

---

Herr Scholz von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion erläutert und begründet den Antrag.

Herr Scholz informiert die Stadtverordnetenversammlung, dass im Ältestenrat Einvernehmen besteht, dass der Haupt- und Finanzausschuss mit der Aufgabe des Akteneinsichtsausschusses beauftragt werden soll.

Der Antrag wird daher wie folgt ergänzt.

Der Haupt- und Finanzausschuss wird als Akteneinsichtsausschuss eingesetzt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den folgenden, ergänzten Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung richtet einen Akteneinsichtsausschuss ein zu folgendem Vorgang:

Auftragsvergabe der Stadt Rosbach an Frau Katja Weigand, insbesondere:

1. Aquisephase
2. Auftragsvergabe
3. Auftragsabwicklung
4. Der Haupt- und Finanzausschuss wird als Akteneinsichtsausschuss eingesetzt.

*Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung (CDU) angenommen*

## **Top 11**

### **Antrag der CDU-Fraktion vom 01.11.2013**

#### **Baulicher Zustand der Sporthalle Eisenkrain**

---

Herr Egerter von der CDU-Fraktion erläutert den folgenden Antrag der CDU-Fraktion.

„Der Magistrat wird beauftragt, den baulichen Zustand und den sich daraus ergebenden Sanierungsbedarf für die Sporthalle Eisenkrain zeitnah festzustellen zu lassen.“

Herr See von der SPD-Fraktion begrüßt den Tenor des CDU-Antrages und stellt folgenden Ergänzungsantrag:

„Der Magistrat wird beauftragt im Rahmen eines Sportstättenentwicklungsplanes den baulichen Zustand aller Rosbacher Sportstätten feststellen zu lassen und die Kosten für notwendige Sanierungsmaßnahmen aufzuzeigen.“

Herr Scholz von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion sieht den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion als sehr weitgehend, da im Antrag ein Sportstättenentwicklungsplan impliziert werde. Herr Scholz schlägt daher eine getrennte Beratung vor.

Herr Egerter befürwortet ebenfalls eine getrennte Beratung. Es müsse geprüft werden, ob die Notwendigkeit eines Sportstättenentwicklungsplanes bestehe, da die Kosten eines Sportstättenentwicklungsplanes schätzungsweise bei 30.000 € bis 50.000 € liegen.

Herr Lamping von der FWG-Fraktion schlägt vor, in die fortlaufende Entwicklung den Haupt- und Finanzausschuss einzubeziehen.

Herr See von der SPD-Fraktion wandelt den von der SPD-Fraktion gestellten Änderungsantrag wie folgt ab:

„Der Magistrat wird beauftragt den baulichen Zustand aller Rosbacher Sportstätten feststellen zu lassen und die Kosten für notwendige Sanierungsmaßnahmen aufzuzeigen. Das Ganze soll in einen Sportstättenentwicklungsplan münden.“

Herr Zeidler weist darauf hin, dass die Intention des Änderungsantrages der SPD die sei, dass alle Sportstätten untersucht werden sollen und nicht nur auf die Eisenkrain beschränkt werden solle.

Herr Scholz von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion empfiehlt, dass in der heutigen Sitzung nur über den Antrag der CDU abgestimmt werde und die SPD den Antrag in die folgende Sitzung einbringt. Herr See zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den nachfolgenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Der Magistrat wird beauftragt, den baulichen Zustand und den sich daraus ergebenden Sanierungsbedarf für die Sporthalle Eisenkrain zeitnah feststellen zu lassen.

*Abstimmungsergebnis: einstimmig*

## **Top 12**

**Anfrage der FWG-Fraktion vom 04.11.2013**

**Zukünftige Nutzung des ehemaligen Vorklärwerks des Abwasserverbands**

**„Unteres Niddatal“**

---

Bürgermeister Alber beantwortet die Anfrage und lässt die Antwort schriftlich verteilen.

## **Top 13**

**Anfrage der FWG-Fraktion vom 11. November 2013**

**Weiterer Bestand der Sekundarstufe an der EKS , Rodheim**

---

Herr Lamping von der FWG-Fraktion begründet die Anfrage damit, dass mit dem Elternbrief vom 04. November 2013 die Schulleitung der EKS über die Schließung der Sek. I zum Schuljahr 2015/2016 informiert.

Von der FWG-Fraktion liegt folgende Anfrage vor:

*„Ist die Einschätzung einer endgültigen Entscheidung gegen den weiteren Verbleib der Sekundarstufe an der Schule zu treffen?“*

Bürgermeister Alber antwortet auf die Frage, dass die endgültige Entscheidung vom Schulträger getroffen werde.

Das Hessische Schulgesetz sieht vor, dass der Schulentwicklungsplan vom Schulträger vorgenommen werde, das heißt der neue Schulentwicklungsplan wird per Kreistagsbeschluss festge-

stellt. Voraussetzung hierfür ist die Beteiligung der Kommune in Form einer Anhörung. Diese ist bisher noch nicht erfolgt.

Weiter berichtet Bürgermeister Alber, dass in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. Juli 2013 ein Beschluss zum Erhalt der Erich Kästner-Schule als Verbundschule gefasst worden sei.

Ebenfalls weist Bürgermeister Alber auf die von der Stadt Rosbach geleisteten erheblichen Investitionen an der EKS hin. In den Jahren 2004 bis 2011 wurden rd. 1,1 Millionen Euro in zwölf zusätzliche Klassenräume, Räume für die Betreuungsschule und dem Mensa Bau investiert. Der Bau des Sportzentrums mit einem Finanzvolumen von 10 Millionen Euro kommt auch dem Schulstandort zu Gute.

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung die Resolution aufgenommen und einen entsprechenden Begleitbeschluss als Aufforderung an die Kreisgremien gefasst.

„Der Magistrat beschließt, mit allen zur Verfügung stehenden politischen Möglichkeiten darauf hinzuwirken, den Bestand der Sekundarstufe 1 in Rosbach zu sichern. Diese Vorgabe ist mit der Aufforderung an Land und Kreis zu verbinden, die Einrichtung personell, baulich und sachlich so auszustatten, dass ein bedarfsgerechter zukunftsorientierter Betrieb der Schule gewährleistet werden kann.“

Von Seiten der Stadtverordnetenversammlung besteht Einvernehmen, dass von der Schule mehr Engagement und Unterstützung zum Erhalt der Sekundarstufe I kommen muss.

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 22:46 Uhr.

Rosbach, den 20. November 2013



Regina Karehnke  
Stadtverordnetenvorsteherin



Verena Sporck  
Schriftführerin